
Veranstaltungsdokumentation

TACHELES! #3 Marburg, lass uns reden.

15.10.2022 | 11 – 17 Uhr | TTZ

SAVE THE DATE
TACHELES! #3
MARBURG, LASS UNS REDEN.

**VERNETZUNGSKONFERENZ ZU DEN THEMEN
RASSISMUS UND AUSGRENZUNG IN MARBURG**
15.10.2022 | 11:00 – 17:00 UHR
TECHNOLOGIE- UND TAGUNGSZENTRUM,
SOFTWARECENTER 3, 35037 MARBURG

MIT VORTRAG, INFORMATIONSTÄNDEN UND WORKSHOPS

BEI FRAGEN UND ZUR ANMELDUNG VON INFORMATIONSTÄNDEN: MILAN BACHEM | MILAN.BACHEM@MARBURG-STADT.DE | T: 06421 201-1140

„WAS WIRKT GEGEN RASSISMUS,
AUSGRENZUNG UND DEMOKRATIEFEIND-
LICHKEIT AUF KOMMUNALER EBENE?“

MARBURG
MACHT MIT

The poster features a teal background with a pattern of white question marks and speech bubbles. On the right side, there are yellow icons: a speech bubble with a question mark, a megaphone, and an ear. A yellow speech bubble contains the quote: „WAS WIRKT GEGEN RASSISMUS, AUSGRENZUNG UND DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT AUF KOMMUNALER EBENE?“. In the bottom right corner, there is a logo for 'MARBURG MACHT MIT' with a silhouette of the city skyline.

Inhalt

1. Ablauf der Veranstaltung	3
2. Podiumsdiskussion.....	4
3. Workshops	5
3.1. Ökologie von rechts: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz	6
3.2. Gute Praktiken der Antidiskriminierungsarbeit in KiTas	7
3.3. Wie weiter mit dem städtischen Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“?	8

1. Ablauf der Veranstaltung

Tacheles #3 15.Oktober 11-17 Uhr	
11:00 – 11:15	Ankommen und Begrüßung
11:15 – 12:30	Podiumsdiskussion: „Was wirkt gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit auf kommunaler Ebene“ Moderation: Dr. Nkechi Madubuko <ul style="list-style-type: none">• Dr. Thomas Spies (Oberbürgermeister Stadt Marburg)• Nora Zado (Demokratiezentrum Hessen)• John Kannamkulam (Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus in Deutschland und Schirmherr Int. Wochen gegen Rassismus in Hanau)• Sylvie Cloutier (Vorsitzende Ausländerbeirat Marburg)
12:30 – 14:00	Infostände von Vereinen und Initiativen
14:00 – 16:00	Workshops: <ul style="list-style-type: none">• Ökologie von rechts: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz Henning Nahm (Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN))• Gute Praktiken der Antidiskriminierungsarbeit in KiTas Dr. Seyran Bostanci (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM))• Wie weiter mit dem städtischen Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“? Dr. Griet Newiger-Addy, Sebastian Heidrich (Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung der Universitätsstadt Marburg)
16:00 – 17:00	Ausklang

2. Podiumsdiskussion

Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Dr. Thomas Spies, Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Nora Zado, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Demokratiezentrum Hessen, John Kannamkulam, einer der Gründungstifter der Stiftung der Internationalen Wochen gegen Rassismus in Deutschland und Sylvie Cloutier, Vorsitzende des Ausländerbeirates der Stadt Marburg über die Frage: „Was wirkt gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit auf kommunaler Ebene“. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Nkechi Madubuko, Diversity Trainerin, Buchautorin und Moderatorin aus Marburg.

Als Einstieg in die Diskussion stellte Nora Zado das Angebot des Demokratiezentrums Hessens und des dort angesiedelten Beratungsnetzwerks vor und wies hier insbesondere auch auf das Projekt der gezielten Hilfe für Kommunen bei Hass, Hetze, Anfeindungs- und Bedrohungssituationen hin (<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>).

Dr. Thomas Spies stellte im Anschluss die Bemühungen der Universitätsstadt Marburg im Hinblick auf die Bekämpfung von Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit vor. Dazu berichtete er beispielsweise über Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema. Auch die Verabschiedung des städtischen Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt“, die über das Konzept vielfältig durchgeführten Maßnahmen oder die Einrichtung einer städtischen Antidiskriminierungsstelle zeigen laut Spies die Wichtigkeit, die dieses Thema für die Stadt hat.

In der sich anschließenden allgemeinen Diskussion wurden verschiedene Themenblöcke und mögliche Maßnahmen angesprochen. Laut Zado haben die Erfahrungen des Beratungsnetzwerkes aus der Zusammenarbeit mit verschiedenen Kommunen in Hessen etwa gezeigt, dass sich die Einrichtung von nachhaltigen Netzwerken zwischen zivilgesellschaftlich Engagierten und der Kommunalverwaltung als besonders erfolgreich bei der Bekämpfung von Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit erwiesen haben. Ein Weg dorthin seien beispielsweise regelmäßige Vernetzungstreffen zwischen relevanten Akteurinnen und Akteuren, bei denen ausreichend Raum für den freien Austausch und das Ausarbeiten konkreter Kooperationen ermöglicht wird.

John Kannamkulam gab außerdem zu bedenken, dass eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung zwar sehr wichtig sei, es aber auch um eine interkulturelle Öffnung der politischen Parteien gehen müsse. Denn insbesondere dort könnten politische

Veränderungen angestoßen werden, Betroffene seien dort aber noch stark unterrepräsentiert.

Cloutier und Betroffene aus dem Publikum berichteten über teilweise zu hohe Hürden bei Behörden und hier insbesondere auch der Ausländerbehörde. Laut Zado gelte es für Kommunen, zu hohe Schwellen bei der Meldung von Diskriminierungsfällen für betroffene Gruppen sowie bei der allgemeinen Zusammenarbeit abzubauen. Kannamkulam verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass kommunale Verwaltung oft als „Komm-Strukturen“ angelegt sind und deshalb eine Vielzahl der Bürgerinnen und Bürger nicht erreiche, auch weil in der Bevölkerung oft nicht klar sei, wie und wo bestimmte Anliegen eingebracht werden können. Hier sei also die Einrichtung einer „Geh-Struktur“ wichtig, also ein Zugehen der Verwaltung auf die Bevölkerung, so dass Betroffene auch wirklich in relevante Prozesse miteinbezogen werden.

Aus dem Publikum wurde gemeldet, dass entsprechende Stellen etwa zur Meldung von Diskriminierungsfällen etwa bei der Stadt, bei der Universität oder bei anderen Trägern zwar vorhanden, aber oftmals der breiten Bevölkerung nicht bekannt seien, weswegen Diskriminierungsfälle häufig nicht weiterverfolgt werden. Auch Thomas Spies wies in diesem Zusammenhang daraufhin, dass Diskriminierung in Marburg zwar geächtet und verfolgt werde, die eingehendere, ggf. strafrechtliche Verfolgung von Vorfällen aber nur möglich sei, wenn entsprechende Fälle auch gemeldet werden. Um die Bevölkerung stärker zu sensibilisieren und entsprechende Angebote bekannter zu machen wurde deshalb vom Publikum vorgeschlagen, Themen wie Rassismus und Diskriminierung präsenter in den öffentlichen Raum zu tragen und insbesondere auch dort zu thematisieren, wo Marburgerinnen und Marburger zusammenkommen, wie etwa auf den Wochenmärkten.

Um eine breite Sensibilisierung zu ermöglichen, wurde außerdem der Wunsch nach regelmäßigen Weiterbildungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte geäußert. Auch regelmäßige Argumentationstrainings gegen rechte Parolen und Empowerment-Workshops wurden als ein Baustein zur Bekämpfung von Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit auf kommunaler Ebene gesehen.

3. Workshops

Nach einer Informationsmesse, bei der man sich über die Arbeit von verschiedenen Institutionen, Organisationen und Vereinen aus der Demokratieförderung und Rassismusprävention informieren und in den Austausch kommen konnte, schloss sich eine Arbeitsphase mit Workshops zu drei verschiedenen Themen an.

3.1. Ökologie von rechts: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz

Referent: Henning Nahm, Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

Henning Nahm stellte zu Beginn des Workshops vor, welche Arbeit die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN), leistet. Hierzu gehören die Untersuchung von historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit völkischen und extremen rechten Bewegungen, die Identifikation von demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Konzepten im Natur- und Umweltschutz, sowie das Angebot von Informationen und Beratung.

Nach einer anschließenden Vorstellungsrunde machten die Teilnehmenden ein Kennlernspiel, welches für das Thema des Workshops sensibilisieren sollte. Im rotierenden Kreis diskutierten jeweils zwei Personen unterschiedliche Aussagen, wie z.B. „Die Landschaft prägt den Menschen“ und „Bäume haben Wurzeln, Menschen auch.“ Dies sollte verdeutlichen, wie bestimmte Begriffe, z.B. „Natur“ und „Tradition“ von völkischen und rechten Bewegungen umgedeutet werden und die Teilnehmenden sensibilisieren für verschiedene Kontexte, in denen teils harmlos klingende Begriffe auftauchen und umgedeutet werden.

Nach dem Austausch folgte ein theoretischer Teil, in dem Henning Nahm die folgenden Begriffe erklärte:

- Rechtsextremismus
- Rechtspopulistische Parteien
- Völkische Bewegungen
- Neo-Nazis
- Neue-Rechte-Bewegung

Er stellte dar, welche gemeinsamen Ideologien die verschiedenen Bewegungen miteinander verbinden: Ungleichwertigkeit, Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Autoritarismus.

Anschließend gingen die Teilnehmenden in eine Gruppenarbeit, in der sie unterschiedliche Aussagen aus dem Feld „Natur- und Umweltschutz“ gemeinsam diskutierten und zeitlich einordneten. Die Aussagen waren aus dem 19.-21. Jahrhundert und stammten von damaligen Naturwissenschaftlern, Mediziner*innen, Geisteswissenschaftlern, Philosophen,

Landschaftsarchitekten, sowie aktuellen Politiker*innen und Aktivist*innen aus dem Kontext der Neuen Rechten und des Rechtsextremismus. Auch Aussagen von Influencer*innen und von rechtsextremistischen Netzwerken, wie der Anastasia-Bewegung, wurden besprochen.

3.2. Gute Praktiken der Antidiskriminierungsarbeit in Kitas

Referentin: Dr. Seyran Bostanci, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

Dr. Bostancis Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich „Institutioneller Rassismus in Kitas“ sowie „Kitas in postmigrantischen Gesellschaften“ und in ihrer Arbeit berät sie frühkindliche Einrichtungen bei Diversity – und Inklusionsprozessen. Dabei nimmt sie insbesondere auch poststrukturalistische, postkoloniale sowie macht- und herrschaftstheoretische rassismuskritische Ansätze in den Fokus.

In dem Workshop ging es konkret um Strategien und gute Praktiken im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung in Kitas. Dafür erörterte Seyran Bostanci Ergebnisse einer von ihr durchgeführten Studie, die sich mit Strategien und Reaktionen von Eltern betroffener Kinder sowie mit institutionalisierten Verhaltensweisen von Kitas befasst.

So wenden Eltern in Diskriminierungsfällen etwa sogenanntes Hacking an, d.h. sie versuchen auf kreativem Wege die rassistische Ordnung zu ihrem Vorteil zu nutzen. Auch die Intervention ist ein geeignetes Mittel, um konkrete Veränderungsprozesse in den institutionellen Strukturen von Kitas anzustoßen. Teilweise ist Eltern aber auch nicht möglich eine proaktive Rolle einzunehmen. Dann bemühen sie sich etwa um Schadensbegrenzung, in dem sie die Rassismuserfahrungen im privaten Kontext verhandeln, um so eine Art des Empowerments der eigenen Kinder zu erreichen. Rassistische und diskriminierende Situationen wirken aber auch oft auf Eltern der betroffenen Kinder überfordernd, was dann zu einem Herunterspielen der Situation führt, weil entsprechende Handlungsoptionen nicht bekannt bzw. schlicht nicht vorhanden sind. Bei sich wiederholenden Fällen ohne Aussicht auf Einsicht oder Besserung, kommt es allerdings auch vor, dass Eltern eine Exit-Strategie verfolgen und sich damit komplett von der jeweiligen Institution abwenden.

Diese Strategien von Eltern sind meist eine direkte Reaktion auf den Umgang von Kitas mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen. Dieser Umgang von Kitas ist teilweise kein bewusster Prozess, sondern verläuft in institutionalisierten Bahnen, verhindert aber vielmals

eine sensible Aufarbeitung und diskriminierungsfreiere Handlungsweisen in der Zukunft. Diese destruktiven Reaktionen basieren meist auf einem allgemein ambivalenten Diversity-Management in den Kitas und umfassen dann beispielsweise die aktive Exklusion sowie das Blockieren von Interventionsmaßnahmen der Betroffenen oder auch die Verharmlosung ihrer Diskriminierungserfahrungen.

In der anschließenden Diskussion ging es dann um gute Praktiken, welche auch von Institutionen in Marburg angewandt werden können, um Rassismus und Diskriminierung zu verhindern bzw. um mit Vorfällen gut umzugehen.

Dabei wurde von den Teilnehmenden eine Beschwerdestelle bzw. ein allgemeines Beschwerdemanagement der Institutionen angeregt. Dies sei insbesondere in den Marburger Außenstadtteilen wichtig, da die Erfahrungen zeigen, dass es dort vermehrt zu rassistischen und diskriminierenden Vorfällen komme.

Außerdem sei eine flächendeckende Sensibilisierung durch Schulungs- und Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte in Kitas notwendig. Eine reine Sensibilisierung ausschließlich von Multiplikator*innen wie beispielsweise Kita-Leitungen, sei hingegen weniger zielführend.

Für eine wirksame Prävention sei außerdem eine diskriminierungskritische Erziehung sowie entsprechende Qualitätskriterien und -prozesse in Kitas notwendig.

3.3. Wie weiter mit dem städtischen Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“?

Referent*in: Dr. Griet Newiger-Addy, Sebastian Heidrich (Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung der Universitätsstadt Marburg)

Das städtische Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“ wird seit 2019 federführend von der Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung der Stadt Marburg umgesetzt. Basierend auf den vier Säulen Antidiskriminierung, Dialog und Beteiligung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sowie lokale Forschung wurden und werden verschiedene Maßnahmen und Prozesse durch die Stadtverwaltung angestoßen und umgesetzt als auch niedrigschwellig Projekte aus der Zivilgesellschaft gefördert. Die ursprüngliche Laufzeit des Handlungskonzept endet im Dezember 2022. Derzeit wird die bisherige Umsetzung evaluiert, um das Konzept darauf aufbauend weiterzuentwickeln und in die nächste Förderphase zu überführen.

In dem Workshop wurden deshalb die bisher umgesetzten Maßnahmen vorgestellt, um dann gemeinsam mit den Teilnehmenden Ideen für weitere Maßnahmen zu sammeln, die in die Neukonzeption des Handlungskonzeptes mit einfließen können. Diese Ideen werden im Folgenden aufgelistet:

- Umsetzung von Bildungsmaßnahmen auch in Betrieben und Unternehmen
- Verpflichtende Bildungsmaßnahmen für die verschiedenen Fachdienste der Stadtverwaltung einführen
- Mehr politische Bildung auf allen Ebenen: bspw. Kitas, Grund- und weiterführende Schulen, Universität
- Eine Verstetigung von erfolgreichen Projekten
- Die App Integreat verstärkt nutzen
- (Digitale) Beschwerdestellen für Kitas und Schulen einrichten („Kummerkasten“)
- Rassismusfreie Sprache in der Stadtverwaltung etablieren
- Mit ortsbezogenen Ansprachen in die Stadtteile gehen
- Öffentlichkeitsarbeit verstärken, Webseite und Pressearbeit sichtbarer machen
- „Marburg spricht“ wiederholen
- Neue Formate nutzen (bspw. Theater)
- Kinder und jugendgerechte Bildungsprojekte durchführen